

Pulsnitzer Tageblatt

Verlagspreis 18. Tel.-Nr.: Tagesblatt Pulsnitz
Bezirksanzeiger

Wochenblatt Post-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz



— Erscheint an jedem Werktag —
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Verlagsanstalten, hat der Bezugsnehmer
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,85 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in Pf.: Die 41 mm breite Zeile (Roffe's Zeilenmesser 14)
1 mm Höhe 10 Pf., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pf.; amlich 1 mm
30 Pf. und 24 Pf.; Kellame 25 Pf. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Großnaundorf, Brettnig, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober-
Niederlichtenau, Friedersdorf, Tlemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Verlagsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. S. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 89

Dienstag, den 15 April 1930

82. Jahrgang

Amthlicher Teil.

Mittwoch, den 16. April 1930, vormittag 11 Uhr, sollen in Pulsnitz, Restaurant
zum Bürgergarten:

1 Elektromotor (1 1/2 PS), 1 Hobelbank, 2 Schreibmaschinen (Ideal),
2 Schreibpulte, 14 Paar Damenschuhe, 1 großer Posten Wäsche-
Schürzenband

meißbietend gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden.

Pulsnitz, am 15. April 1930.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts

Ankündigungen aller Art

in dem „Pulsnitzer Tageblatt“ sind von denkbar
bestem Erfolg.

Vertliche und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz. (Kraftpost.) Am Gründonnerstag wer-
den folgende Sonderfahrten auf der Kraftpost-Linie Puls-
nitz-Dhorn-Brettnig ausgeführt:

Pulsnitz, Bahnhof	ab 13 ⁵⁵
Dhorn, C. G. Schäfer	an 14 ¹⁰
Pulsnitz, Hauptmarkt	ab 14 ³⁰
Pulsnitz, Hauptmarkt	an 14 ⁴⁵

— (Konfirmation.) Am vorgestrigen Palmsonn-
tag vollendete sich mit der feierlichen Konfirmation wieder
ein wichtiger Abschnitt im Leben einer großen Anzahl junger
Menschenkinder unserer Parnochie. In erster Reihe empfin-
gen die Schulentlassenen den Segen der Kirche; mögen ihnen
die eindringlichen und wohlgemeinten Worte der Geistlichen
nicht nur für den Augenblick, sondern für das Leben gespro-
chen sein. Nun Glück auf zu dem Schritt in den Ernst des
Lebens!

— (Kälte und warme Oftern.) In der Geschichte
der Wetterbeobachtung ragen einige Oftern mit besonders
kalter oder warmer Witterung hervor, und es sind nicht
immer frühe Oftern, die kaltes, und späte Oftern, die warmes
Wetter brachten. Das kälteste Ofterfest war in den letzten
hundert Jahren das von 1837. Obgleich es auf einen mitt-
leren Termin fiel, auf den 9. und 10. April, herrschte zu
Oftern richtige Winterkälte. Vor allem kamen an diesen
Oftertagen noch gewaltige Schneemassen herunter. Das
Ofterfest des Jahres 1853, das damals auf den 27. und
28. März fiel, brachte zwar nicht so große Schneemassen wie
im Jahre 1837, dafür war aber die Kälte um so größer.
Am Oftersonntag 1853 wurden in Berlin 13 Grad und in
Ostpreußen sogar 15 und 16 Grad Kälte ermittelt. Das
wärmste Oftern seit mehr als hundert Jahren war in Deutsch-
land das von Jahre 1906. Es brachte Temperaturen, die
geradezu als hochsommerliche bezeichnet werden könnten. Sehr
warmes Wetter herrschte auch am Ofterfest des Jahres 1916.

— (Beschlüsse des Gesamtministeriums.)
Das Gesamtministerium hat sich am Freitag mit der neuen
Satzung der sächsischen Wohlfahrtskassen beschäftigt. In dem
Entwurf sind die Aufgaben der rechtsfähigen Personen des
öffentlichen Rechts „Sächsische Wohlfahrtskassen“ festgelegt,
sowie die Zuständigkeit ihrer Organe geregelt. Ein Ver-
waltungsausschuss genehmigt den Jahresbericht und die
Jahresrechnung nebst Vermögensübersicht. Er ist außerdem
in grundsätzlichen Fragen gutachtlich zu hören. Die Ent-
scheidung der Darlehnsanträge und andere im Rahmen der
Wohlfahrtskassen liegende Finanzmaßnahmen unterliegt einem
aus der Mitte des Verwaltungsausschusses zu bildenden
Finanzausschuss. Wichtige Entscheidungen bedürfen zu ihrer
Gültigkeit der Zustimmung der in den Verwaltungsausschuss
entsandten Vertreter der verschiedenen Ministerien. Der Jah-
resbericht und die Jahresrechnung unterliegen in Zukunft
der Prüfung des Staatsrechnungshofes. In der neuen
Satzung wird noch klargestellt, daß die Geschäftsführung der
Wohlfahrtskassen der Aufsicht des Arbeits- und Wohlfahrts-
ministeriums untersteht. Weiterhin hat das Gesamtministerium
beschlossen, vorwiegend zugunsten vollleibender Gemeinden und
Bezirksfürsorgeverbände einen Betrag von 4 Millionen RM
zu Lasten der zu erwartenden höheren Reichssteuerüberwe-
rungen zur Verfügung zu stellen. Schließlich hat das Ge-
samtministerium eine Verordnung über Abordnungs-
und Trennungsentwädigungen für Staatsbeamte verabschiedet,
durch die die Bestimmungen über Beschäftigungstagegelder
und über die Gewährung einer Entwädigung an veretzte
Beamte einer auch im Interesse der Verwaltungsvereinfachung
gebotenen Neuregelung unterzogen werden.

Vier Stimmen Mehrheit für das Kabinett Brüning

Der Bayerische Bauernbund stimmte für die Biersteuer — Zollnovelle mit 250 gegen 204 Stimmen
angenommen

Die Berliner Blätter zum Endergebnis im Reichstag — Vor neuen Massentodesurteilen in Sowjet-Rußland

Kommt er, kommt er nicht?

Seit den feliigen Zeiten der Parlamentsentscheidung über
die Erbschaftsteuer im Jahre 1913 hat der Deutsche Reichs-
tag so eine ungeheure, jeden einzelnen Abgeordneten er-
fassende Spannung, wie am Montag vormittag, noch nicht
wieder erlebt. Die meisten Abgeordneten hatten am Sonn-
abend nach den stundenlangen Abstimmungen über den An-
trag, der die Agrar- und Steuergesetze miteinander verop-
pelt und nach der Annahme der Agrargesetze und der Steuer-
gesetze befriedigt den Reichstag verlassen. Viele dachten
schon daran, einfach nach Hause zu fahren und die dritte
Lesung der Steuergesetze am Montag denen zu überlassen,
die in Berlin saßen oder die sich trotz heimlicher Ofterferien
noch nicht von Berlin trennen wollten. Die Fraktionsführer
hatten schon am Sonnabend abend alle Mühe, den Abge-
ordneten begreiflich zu machen, daß die Entscheidung noch
gar nicht gefallen sei. Als am Sonnabend die meisten Ab-
geordneten den Reichstag verlassen hatten, saßen die Fra-
ktionsführer mit gespanntem Blick auf und rechneten. 12 Stim-
men Mehrheit hatte die Regierung gehabt. Bis auf 7 Stim-
men war diese Mehrheit bei der Biersteuer heruntergegangen.
24 Sozialdemokraten waren nicht anwesend. Aber bei den
Regierungsparteien hatten auch viele gefehlt. Jeder ein-
zelne nicht im Reichstag bei der Abstimmung erschienene Ab-
geordnete wurde genau unter die Lupe genommen. Mit Pri-
vatwohnungen und Hotels wurde telephoniert und telegra-
phiert. Man stellte fest, daß bei einigen Parteien mehrere
Abgeordnete ihre gewohnte Ofterreise nach Italien doch für
wichtiger gehalten hatten, als die Abstimmung. Welcher Ab-
geordnete war noch zu erreichen?

Am Montag gab es von 10 Uhr vormittags ab im Reichs-
tag nur noch eine maßgebende Persönlichkeit, den Mann am
Portal II mit der Liste, in der jeder Abgeordnete, der im
Hause erscheint, mit einem Strich versehen wird. Die Gar-
derobe wurde zum Informationslokal der Parteiführer und
der Presse. Alle halbe Stunde wechselte das Bild. Die
Fahrpläne wurden gewälzt. Wann kommt der letzte Zug
von Frankfurt? Wann können die letzten Abgeordneten aus
dem Rheinland, wann die aus Schlesien in Berlin sein?
Man stellte fest, wenn man schon für die entscheidende Ab-
stimmung alle überhaupt nur erreichbaren Abgeordneten bei-
ammen haben wollte, vorerst geredet werden mußte, um
Zeit zu gewinnen. Und so geschah es denn auch. Inzwischen
hoffte man auf das Eintreffen der erwarteten Schnellzüge
und der Flugzeuge, die die allerletzten heranbringen konnten.
Und immer wieder und überall die Frage: „Kommt er,
kommt er nicht?“

Entscheidung.

Deutscher Reichstag.

161. Sitzung vom Montag, 14. April.

Die dritte Beratung der Deckungsvorlagen und der
Agrarreform im Reichstag begann mit einer langen Rede
des Abgeordneten Sürle (Kom.), der nochmals gegen die
Zollerhöhungen protestierte. Im Reichstag herrschte ein leb-
haftes Treiben, weil die Regierungsparteien und die Sozial-
demokraten versuchten, alle ihre Abgeordneten, auch die
Franken, zu den entscheidenden Abstimmungen heranzuziehen.
Abg. Hepp (Chr. Nat. Bauernp.) appellierte an den Beye-
rischen Bauernbund, der gegen die Biersteuer gestimmt hatte. Der
Bayerische Bauernbund solle daran denken, daß es heute um
das Gesamtprogramm der Landwirtschaft, nicht bloß um die
Biersteuer gehe. — Dr. Silberding (Soz.) behauptete, daß
das Agrarprogramm eine große Gefahr nicht nur für die
deutsche, sondern für die Weltwirtschaftspolitik sei. Er sprach von
kommenden starken Lohnbewegungen und einer Gefährdung der

Stabilität der deutschen Handelspolitik. — Dr. Mumm (Chr.
Nat.) erklärte, seine Partei wolle im kommenden Wahlkampf die
Unterlagen für eine christlich-nationale Kulturpolitik schaffen.

Reichsernährungsminister Schiele

beantwortete die Angriffe Dr. Silberdings. Er wandte sich da-
gegen, daß die Agrarvorlage neue Verteuerungen und neue
Lohnforderungen zur Folge haben werde. Dr. Silberding wolle
eine Brücke zwischen der Bauernschaft und der Arbeiterschaft
schlagen. Es sei nicht richtig, daß die Agrarvorlage nur beson-
deren Wünschen des Großgrundbesitzes gerecht werden wolle.
Man müsse ganz andere Schlussfolgerungen ziehen. Was hätten
sonst die Schweinezüge zu bedeuten. Es handle sich erstlich
darum, eine Ausgeglichenheit der Bewertung der verschiedenen
landwirtschaftlichen Produkte herzustellen, so wie wir sie vor dem
Kriege gehabt hätten. Dr. Silberding habe von einer Gefähr-
dung der internationalen handelspolitischen Beziehungen ge-
sprochen. Infolge der Ansammlung ungeheurer Getreidemengen
in überseeischen Ländern seien auch alle anderen europäischen
Länder zu ähnlichen Schutzmaßnahmen wie Deutschland gezwun-
gen. Der Minister hob hervor, daß England sich sehr eifrig da-
mit beschäftige, die von uns geplanten Maßnahmen in kürzester
Frist durchzuführen. Selbstverständlich wolle man der bedürfti-
gen Bevölkerung den Genuß von Fleisch zu erschwinglichen
Preisen möglich machen, allerdings auf einem Wege, der auch
den Bedürfnissen der Landwirtschaft gerecht werde. Der Minister
schloß mit den Worten: „Geben Sie uns die Möglich-
keit, frei für die Landwirtschaft handeln zu
können.“

Dr. Silberding nahm darauf noch einmal das Wort.
Er erklärte, daß auch die S. P. D. der Landwirtschaft Hilfe
bringen wolle. Wenn das Agrarprogramm aber tatsächlich nicht
zu einer Verteuerung der Lebenshaltung der Verbraucherschaft
führen würde, dann könne ja der ausgesprochene Zweck dieser
Maßnahme, die Erhöhung der Preise für die Agrarprodukte, gar
nicht erreicht werden. — Dr. Dessauer (Sent.) meinte, das
Zentrum stimme durchaus in der Tendenz mit den Ausführun-
gen des Herrn Dr. Silberding überein. Deutschland sei, beson-
ders nach dem Young-Plan, auf den Exportüberschuß ange-
wiesen.

Bei den Steuergesetzen verlangten Sozialdemokraten
und Kommunisten, die Konsumvereine von der erhöhten Waren-
haussteuer zu befreien. Ein entsprechender sozialdemokratischer
Antrag lag vor.

Reichsfinanzminister Dr. Woldenhauer

erfüchte den Reichstag, diesen Antrag abzulehnen. Man wolle
die Konsumvereine nicht schädigen, müsse aber Betriebe mit einer
bestimmten Umsatzhöhe gleichmäßig steuerlich behandeln. Die
Konsumvereine, die nicht zur Körperschaftsteuer herangezogen
würden, hätten schon hierdurch einen Vorzug gegenüber den
gleich großen privatwirtschaftlichen Betrieben.

Damit wurde auch die Aussprache über die Steuervorlagen
geschlossen. — Zum Finanzreformgesetz, das die Rege-
lung der Arbeitslosenversicherung enthält, meinte Abg. Grote-
wohl (Soz.), daß durch diese Vorlage planmäßig ein Abbau
der Leistungen vorbereitet würde.

Um 2.05 Minuten begannen endlich

die Abstimmungen.

Es folgten die Abstimmungen zu dem Gesetzentwurf über Pen-
sion- und Benzolzoll, der angenommen wird.

Bei der Agrarreform wird die Verkopplung zwi-
schen Finanz- und Agrargesetzen in einfacher Abstim-
mung nach den Beschlüssen der zweiten Lesung bestätigt.
Ueber die Roggenpreisregelung wird auf Antrag
der Kommunisten namentlich abgestimmt. Von insgesamt 491
sind 454 Abgeordnete anwesend. Mit 261 gegen 193 Stimmen
wird die entsprechende Position des Zolltarifs angenommen.

